

TRANSPARENZ

Jahresversammlung am
Mittwoch, 15. Mai 2013

Informationen der SP Stadt Solothurn – Nr. 4 – Mai 2013



SP-VertreterInnen, jung und alt und aus aus Stadt und Land am 1. Mai Umzug in Solothurn.

Bild: fe

Worte aus dem Präsidium Hinter den Zahlen...

Von Claudio Marrari*

«Manchmal hängt das Leben wie Blei an mir». Margret nimmt das sorgfältig gefaltete Inserat aus dem Klarsichtmäppli und setzt sich an den Tisch. Sie erzählt mir vom Vielen und vom Wenigen im Leben, während ich den Text auf das Inserat zuschneide. So wie hundertmal zuvor.

Ich habe noch die Statistik vom Monat März im Kopf. 2,9% betrug die Arbeitslosenquote im Kanton Solothurn. Gesunken sei sie seit Februar, saisonbedingt. Die Quote der Stellensuchenden reduzierte sich um 0,1% auf 4,4%.

Margret ist 56 und verfügt über keine Berufsbildung. Da gibt es noch mehr Statistiken, eine Erkenntnis und eine Überzeugung.

Die Statistiken: Die Berufsausbildungsquote auf die gesamte Bevölkerung beträgt schweizweit 50,9 %. Die Quote der Universitäts- resp. höheren Fachausbildung beträgt 19,1%. Über keine Berufsbildung verfügen 30%.

Herzliche Einladung zur Jahresversammlung

Wir treffen uns am **Mittwoch, 15. Mai 2013,**
19.30 Uhr im Saal des Restaurant Kreuz

1. Begrüssung
2. Protokoll der letzten PV
3. Mutationen
4. Jahresberichte
5. Rechnung und Revisorenbericht
6. Budget
7. Verschiedenes
8. Thema: Asylgesetz (siehe S. 2)

Die Erkenntnis: Wer über keine Berufsbildung oder über keinen Abschluss verfügt, ist in der Schweiz einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt. Die Investitionen in die Bildung liegen heute knapp unter dem Durchschnitt der OECD-Länder.

Die Überzeugung: Bildung als Konzept zur Armutsprävention muss politisch gefördert und verankert werden, denn Investitionen in die Bildung reduzieren das Armutsrisiko.

Hinter allen Statistiken und Zahlen stehen übrigens Menschen mit ihren Geschichten und mit ihren Schicksalen.

Margret ist heute ruhiger als sonst. Sie fühlt sich durch Arbeitslosigkeit und Armut aus der Gesellschaft ausgegrenzt. Während ich die Bewerbung ausdrücke, nimmt sie eine Pralineschachtel aus der Handtasche hervor und stellt sie auf den Tisch. Ich kümmere mich um den Kaffee. So wie hundertmal zuvor.

* Claudio Marrari ist Präsident der SP Stadt Solothurn und arbeitet bei der Gewerkschaft Unia in Grenchen.

NEIN zur Verschärfung des Asylgesetzes!

Am 9. Juni entscheiden wir darüber, welche Schweiz wir möchten. Ist es eine offene? Oder eine misstrauische? Wir stimmen über Repression und Ausgrenzung als massgebliche Standards unserer Asyl und Ausländerpolitik ab.

Über die «saubere» Vollzugspolitik, die Flüchtlinge in die Isolation schickt und sie von den «besorgten» Schweizer BürgerInnen so weit als möglich zu trennen versucht. Die Abstimmung ist auch im europäischen Kontext zu betrachten, in den sich die schweizerische Asylpolitik eingeordnet hat und der ihr systematisch zu Grunde liegt: die Abschottung der europäischen Auszugsgrenzen, das Elend und den Tod der Bootsflüchtlinge, die Lager in Lampedusa. Die Abstimmung vom 9. Juni bietet die Möglichkeit, die Stossrichtung der schweizerischen Migrationspolitik zu korrigieren. Und die dringlichen Massnahmen zeigen die Verlogenheit dieser Politik gnadenlos auf.

Die Zahl der Asylgesuche ist in den letzten Jahren zwar gestiegen, dennoch machen Asylsuchende heute gerade einmal 0,6 Prozent der Schweizer Gesamtbevölkerung aus. Rund ein Drittel der Asylgesuche der letzten fünf Jahre endete mit einer Schutzgewährung (17,2 Prozent Asyl, 14,9 Prozent vorläufige Aufnahme). Das sind ausgesprochen hohe Anerkennungsquoten. Im europäischen Vergleich ist die Schweiz zudem zwar ein beliebtes, aber nicht das primäre Zielland von Flüchtlingen und Asylsuchenden. Die Schweiz wird keineswegs von Asylsuchenden überschwemmt, wie dies medial häufig suggeriert wird.

Und trotzdem herrscht wieder einmal asylpolitische Hysterie. Dabei hat die Schweiz seit gerade einmal 32 Jahren ein Asylgesetz. Doch seit 1981 ist dieses Gesetz zehn Mal geändert worden. Die Stossrichtung war dabei immer die gleiche: es muss verschärft werden. Diese Politik machte das Asylgesetz zu einem der wohl kompliziertesten und schärfsten Gesetze der Schweiz überhaupt. Es ähnelt heute einem speziell auf Flüchtlinge zugeschnittenen Polizeigesetz.

Die Abstimmung vom 9. Juni bringt fünf exemplarische Verschärfungen vors Volk. Und zu diesen Massnahmen gibt es fünf mal ein klares NEIN!

NEIN zur Abschaffung des Botschaftsverfahrens

Seit 1980 konnten Asylgesuche auf einer Schweizer Vertretung im Ausland ein Asylgesuch gestellt werden. Dadurch haben 2572 Menschen Schutz erhalten. Dies ist ein unglaublicher humanitärer Erfolg. Nun wurde diese Möglichkeit abgeschafft! Schlepper werden sich dadurch noch mehr bereichern, und noch mehr Flüchtlinge werden auf dem offenen Meer ihr Leben lassen.

NEIN zur Kriegsdienstverweigerung als Asylausschlussgrund

In vielen Staaten der Erde toben bewaffnete Konflikte und es sollte ein fundamentales Recht sein, die aktive Beteiligung an einem bewaffneten Konflikt zu verweigern. Die Schweiz hat nun diesen Schutz verwässert. Ein syrischer Deserteur ist ein Gegner der Diktatur, kein Scheinflüchtling! Dies gilt auch für die Flüchtlinge aus Eritrea, die vor einer brutalen Diktatur, in der sie Folter befürchten müssen, geflohen sind. Wegen dieser drohenden Gefahr dürfen diese Flüchtlinge zwar nicht weggewiesen werden und verbleiben in der Schweiz – jedoch mit einem prekären Status, der ihre Integration erschwert und der im Widerspruch zu ihren Rechten steht.

NEIN zu „besonderen Zentren“ und gesetzlicher Willkür

Nein zu einer Schweiz der Lager! Es ist inakzeptabel und willkürlich, Asylsuchende, die sich nichts haben zuschulde kommen lassen, in besondere Zentren zu schicken, wo sie in haftähnlichen Bedingungen leben. Das Asylgesetz ist kein Ersatz für das Strafrecht – es soll schützen, nicht strafen. Diese neue Willkür gegenüber Asylsuchenden führt zu einer massiven Rechtsungleichheit. Es ist unmenschlich, Asylsuchende ein Lager zu sperren. Lager sind keine Lösung – sie waren es gestern nicht, sind es heute nicht und werden es morgen nicht sein. Deshalb wollen wir keine Lager-Politik!

NEIN zur Willkürlichkeit der Testphase

Kein Freipass für den Bundesrat ohne Kontrolle durch das Parlament – in einer Demokratie gilt es, die Gewaltentrennung zu respektieren! Der

Bundesrat erhält einen Freipass für «Testphasen im Asylverfahren» für die nächsten drei Jahre. Das Parlament gibt dadurch ein grosses Stück seiner

Gesetzgebungsverantwortung ab und das Volk wird seiner direktdemokratischen Einflussmöglichkeiten beraubt. Im Rahmen dieser Testphase hat der Bundesrat die Beschwerdefristen gegen asylrechtliche Entscheide bereits auf 10 Tage beschränkt.

NEIN zum Dringlichkeitsbeschluss des Gesetzes

«Dringliche» Massnahmen? Es gibt genau eine Dringlichkeit: Die ständigen Verschärfungen des

Asylgesetzes müssen ein Ende haben! Sie sind wirkungslos, und sie haben einzig dazu geführt, dass das Asylrecht schleichend ausgehöhlt und das Gesetz in immer rascherer Abfolge verschärft wird. Der Beschluss des Parlamentes, diese Vorlage für dringlich zu erklären, hebt die demokratische Entscheidung der Schweizer Bevölkerung teilweise aus!

Die SP Stadt Solothurn hat im vergangenen November die Unterstützung des Referendums gegen die Asylgesetzrevision beschlossen und ruft auf, am 9. Juni ein deutliches NEIN in die Urne zu legen.

Quelle: www.asyl.ch

Agenda

Mittwoch, 15. Mai 2013

19.30 Uhr Jahresversammlung SP Stadt Solothurn, Saal Restaurant Kreuz

Sonntag, 9. Juni 2013

Wahlen Stadtpräsidium / Eidg. Abstimmung

Dienstag, 18. Juni 2013

19.30 Uhr Gemeindeversammlung, Landhaussaal

Freitag, 5. Juli 2013

18 Uhr Parteiversammlung der SP Stadt Solothurn mit anschliessendem «Grill & Chill»

Mittwoch, 11. September 2013

19.30 Uhr Parteiversammlung der SP Stadt Solothurn

Herausgeberin: SP Stadt Solothurn
Postfach 1534, 4502 Solothurn
Postkonto 45-6640-6

Redaktion + Gestaltung: Felix Epper
Kontakt zur SP: Claudio Marrari
claudio.marrari@unia.ch

Druck: Eigendruck; erscheint mindestens vierteljährlich als Mitgliederzeitung; Auflage: 220